

Was ist eine selektive Sozialpolitik?

Es gibt sie also noch, die konservativen und die progressiven Kräfte in der luxemburgischen Gesellschaft. Dies scheint sich in den aktuellen Debatten zur Euthanasie zu beweisen.

Zumindest werden wir Zeugen dieser polarisierenden Auseinandersetzung wenn es um sogenannte "gesellschaftspolitischen" Themen geht!

Eine erste Frage dazu wäre was denn spezifisch gesellschaftspolitische Themen sind und was diese von anderen Themen unterscheidet?

Leben und Tod werden als gesellschaftspolitisches Thema definiert. Es geht alle Menschen etwas an. Die Trennung von Kirche und Staat ist beispielsweise ein anderes solches Thema.

Es heisst dass solche Themen die Fragen nach dem zukünftigen Zusammenleben in unserer Gesellschaft stellen und auf welche Werte wir uns berufen um der Politik die Möglichkeit zu geben im besten demokratischen Sinne gestalterisch der Allgemeinheit zu dienen.

Aber wie steht es mit dem "Überleben". Ist dies auch ein gesellschaftspolitisches Thema?

Nicht unbedingt, denn hier sagt uns die Politik, ob konservativ oder progressiv, dass wir differenziert an das Thema herangehen müssen. Die vornehmlich philosophische Wertediskussion tritt somit oft in den Hintergrund und wird ersetzt durch eine Reihe realpolitischer und folglich sektorieller Debatten.

Was braucht eine Gesellschaft und die darin lebenden Menschen zum Überleben? Um nur einige wichtige Faktoren zu nennen: Sicherheit brauchen sie, Arbeit, eine gut funktionierende Wirtschaft (Wachstum vor allem?), ein ordentliches Schulsystem, eine optimale gesundheitliche Versorgung, ein unbestechliches Rechtssystem und eine intakte Umwelt. Aber dann auch und vor allem, ein solidarisches Miteinander.

Ist Solidarität somit ein gesellschaftspolitisches Thema?

Oft wird der soziale Zusammenhalt (cohésion sociale), und das wäre die Solidarität der Menschen untereinander, in unserer Gesellschaft als ein absolut vorrangiges Ziel politischer Arbeit dargestellt. Nur, welcher Politikbereich wäre denn dafür zuständig, wenn nicht alle?

Es ist aber praktisch eher so dass man dieses Thema an Ministerien vergibt die recht präzise Aufgaben wahrnehmen sollen, wie vorrangig das Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit, das Familien- und Integrationsministerium oder auch das Arbeits- und Beschäftigungsministerium.

Sie regeln vor allem das Umverteilen des erwirtschafteten Reichtums für dessen Zustandekommen andere Ministerien die Rahmenbedingungen schaffen.

Bis jetzt geschah diese Umverteilungspolitik mehr oder weniger indem man verschiedenartige Bedarfe in der Bevölkerung ausmachen konnte und diese auch in diesem Sinne kollektiv zufrieden zu stellen versuchte. Ob das nun die Alterssicherungs- und Krankenkassensysteme sind, die Regelung der Arbeitsverhältnisse, wie auch andere sozialen Hilfsleistungen.

Jetzt nun werden diese spezifischen für die Umverteilung zuständigen Ministerien damit beauftragt selektiver an ihre Aufgaben heranzugehen. Der Grund: Die Mittel zum Umverteilen reichen nicht mehr. Dies alles vor dem Hintergrund einer ständig expandierenden Wirtschaftsleistung, eines jährlichen Wachstums von über 5%, also eines nie dagewesenen Reichtums in unserer Gesellschaft.

Dieses selektive Vorgehen und die damit einhergehende Parzellierung der Verantwortlichkeiten erinnert an einen längst überwundenen Taylorismus der Arbeitsorganisation in der Industriegesellschaft. Dabei versucht die Politik uns ständig klarzumachen dass wir an der Schwelle zur Wissensgesellschaft stehen und wir dabei sind die Ziele der Lissabonstrategie umzusetzen. Ein totaler Widerspruch!

Eines wird dabei auch klar, die programmatischen Entwürfe der Parteien, ob konservativ oder progressiv, unterliegen immer mehr dieser überholten technokratischen Herangehensweise und die politische "Mitte" entpuppt sich als Spielwiese für die Preisgabe von politischer Verantwortung.

Was dabei herauskommt ist ein Abgesang an das gesellschaftspolitische Thema Solidarität. Aus bislang allgemeingültigen "Rechten" der Bürger werden schleichend individuelle "Ansprüche" eines jeden.

Bearbeiten müssen diesen immer aufwendiger werdenden Apparat Verwaltungen mit sehr spezifischen Aufträgen, Kompetenzen und, ergo, Macht, da sie ja vornehmlich auf individuelle Begehren reagieren können und immer weniger mit kollektiven Ansprüchen konfrontiert werden.

Ein konkretes Beispiel für die Umsetzung dieser politischen "Strategie der Selektion" ist die Aufgabenstellung für das Arbeitsamt.

OPE schafft neue Arbeit und neue Arbeitsplätze, lokal und solidarisch. Sie dienen ausdrücklich dem sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Demgegenüber stehen 10 000 Menschen die auf der Suche nach Arbeit sind.

Das dem Arbeitsamt zur Verfügung stehende Instrumentarium verhindert dass diese Menschen einen Arbeitsplatz zugewiesen bekommen. Wir erleben diesen Irrsinn tagtäglich. Und es besteht die berechnete Frage, ob es das Instrumentarium ist, ob es die Menschen sind, die dieses Instrumentarium nutzen oder ob es ganz einfach Willkür ist?

OPE hat bewiesen, dass die von ihm geschaffenen Arbeitsplätze sehr wohl dauerhaft sein können und auch sind. Weshalb wird denn immer wieder das Argument vorgeschoben, diese Arbeitsplätze seien ja eigentlich gar keine richtigen?

OPE hat auch bewiesen, dass durchaus die Möglichkeit besteht, für einen Teil der Menschen, die eine menschenwürdige Arbeit eben in unserm Netzwerk gefunden haben und bei der jetzigen gesetzlichen und administrativen Grundlage, eine sinnvolle Arbeit auf Lebenszeit zu verrichten.

Sollte sich die Gesetzesvorlage betreffend die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung denn eines Tages in die Wirklichkeit umsetzen lassen, könnte sich die Anzahl dieser Menschen drastisch erhöhen. Dazu bedarf es aber wiederum der Mitarbeit und des Verständnisses dieser Verwaltung und ihrer Mitarbeiter. Wir hegen berechnete Zweifel daran, dass der Wille zu dieser notwendigen Zusammenarbeit im Interesse der betroffenen Personen, aber auch des sozialen Zusammenhaltes in Luxemburg, echt besteht.

Oder wie soll man sich erklären, dass Arbeitssuchende eher an Leiharbeitsfirmen vermittelt werden für ein, zwei oder drei Wochen, anstatt an Strukturen, die jetzt seit über zehn Jahren bewiesen haben, welche ihre Qualitäten sind? Sind die Leiharbeitsfirmen denn eher als "richtige" Arbeitgeber einzustufen? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Dabei heulen unsere politisch Verantwortlichen Rotz und Wasser wegen der ach so schlechten Lage auf unserm Arbeitsmarkt und der ach so miserablen Ausbildung der zu vermittelnden Personen und jeder saisonal bedingte, leichte Aufschwung lässt uns wieder zu einem herzergreifenden Hallelujah hinreissen.

Selektivität ist auch hier das magische Wort, nur ... Selektivität macht Solidarität kaputt. Punkt.